

Hohes Haus vom 10.02.2019 12.00 Uhr

Parteien NEOS/Parteien SPÖ

Hohes Haus (12:00) - Bundesrat könnte Ökostromgesetz blockieren

Jungmayr Fritz (ORF)

Er fristet zwar eher ein Schattendasein, doch in den kommenden Tagen wird der Bundesrat im medialen Interesse stehen, wie selten zuvor. Erstmals könnte die Länderkammer ein Gesetz zu Fall bringen, das der Nationalrat beschlossen hat, denn die SPÖ will mit ihren mehr als einem Drittel der Bundesräte die nötige Verfassungsmehrheit verhindern. Der Grund, die Regierung will unrentable Biomassekraftwerke drei weitere Jahre mit etwa 150 Millionen Euro subventionieren und das auf völlig intransparente Weise sagt die SPÖ. Ein Bericht von Dagmar Wohlfahrt.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Biomassekraftwerke erzeugen Wärme und Strom aus dem nachwachsendem Rohstoff Holz. Das ist CO2 neutral, daher gut für die Umwelt, aber nicht billig. Wird in den Biomassekraftwerken nicht nur Holz, sondern auch Geld verbrannt?

Titschenbacher Franz (Biomasseverband)

Mit dem ganz normalen Strompreis, der auf dem Markt zu erzielbar ist, sind diese ganz einfach nicht wirtschaftlich zu führen. Aber sie sind wetterunabhängig, jahresunabhängig, das heißt eine bestimmte Grundlast ist immer damit gegeben. Im Vergleich dazu, andere Energieträger sind eben witterungsabhängig, wettergebunden, jahreszeitabhängig, denke an Wasserkraft.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Allerdings decken alle Biomassekraftwerke, in Österreich gibt es insgesamt 134, nur 3,4 Prozent des heimischen Strombedarfs. Da die Stromerzeugung durch Biomasse am Markt nicht bestehen kann, müssen die Kraftwerke über den Strompreis subventioniert werden.

Titschenbacher Franz (Biomasseverband)

Das ist eine energiepolitische Aufgaben, beziehungsweise gesellschaftspolitische Verantwortung, dass Biomasse, Bioenergie auch in Zukunft möglich ist. Und insofern, mit den Basistarifen ist ein Weiterbetrieb, ein Weiterführen dieser Anlagen nicht möglich.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Für 43 dieser Biomassekraftwerke sind die Förderungen, die auf 13 Jahre beschränkt waren, ausgelaufen oder werden heuer noch auslaufen. Bei der umstrittenen Ökostrom-Novelle geht es nun darum, die Subventionen um drei Jahre zu verlängern. Geschätzte Kosten, 150 Millionen Euro, für die die Strombezieher über die Ökostromabgabe aufkommen. Einkommensschwache Haushalte sollen aber künftig von der Ökostromabgabe, sie beträgt 76 Euro pro Jahr, befreit werden. Die Sozialdemokraten stimmten im Nationalrat dennoch dagegen.

Duzdar Muna (SPÖ)

Wir haben 2 Zettel, das sind in Wirklichkeit 150 Millionen, die die Stromkunden und Stromkundinnen bezahlen und in diesen zwei Zetteln steht in Wirklichkeit nichts drinnen. Es ist weder eine Folgenabschätzung drinnen, noch eine Berechnung. Daher wissen wir im Grunde genommen nichts. Das ganze ist sehr intransparent. Wir wissen nicht welche Anlagen gefördert werden,

wir haben keine Entscheidungsgrundlagen, wir haben de facto keine Informationen. Und daher haben wir von Anfang gesagt, wir von der Sozialdemokratie, wir sind nicht bereit hier Blankoschecks im Umfang von 150 Millionen auszustellen, wo am Ende des Tages keiner weiß wo das Geld hinfließt.

Lettenbichler Josef (ÖVP)

Das Gesamtvolumen der Forderung ist bekannt. Also hier werden politische Nebelgranaten geworfen und wir ersuchen die SPÖ im Sinne dieser erneuerbaren Energie und auch im Sinn der Bekämpfung der Energiearmut, das auch im Gesetz mit geregelt würde, hier zur Vernunft zurück zu kommen. Und wir laden sie ein bei diesem Gesetz mitzugehen.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Die Ablehnung der SPÖ war im Nationalrat kein Hindernis für einen Beschluss. Mit den Stimmen der NEOS erreichten für die notwendige Zweidrittelmehrheit.

Kitzmüller Anneliese (FPÖ)

Das ist mehrheitlich angenommen und ausdrücklich stelle ich hier die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Ganz anders könnte es am kommenden Donnerstag im Bundesrat aussehen. Weil vom Ökostromgesetz auch Länderinteressen berührt sind, ist nämlich nicht nur im Nationalrat, sondern auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Und so wie es jetzt aussieht, wird es diese nicht geben. Die SPÖ, die mit 21 Mandatären mehr als ein Drittel der Abgeordneten in der Länderkammer stellt, wird gegen das Gesetz stimmen.

Posch-Gruska Inge (SPÖ)

Die ganze Fraktion steht dahinter, aus diesem Grund, nicht weil wir gegen irgendwas Einspruch erheben wollen, das ist nicht unser erstes Ziel. Unser erstes Ziel wäre es wirklich zu fördern und in erneuerbare Energie umzusetzen, auch diese Biomasse. Aber das können wir nicht, weil wir keine Informationen haben.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Falls kein SPÖ Bundesrat erkrankt, könnte es tatsächlich zu einer Premiere im Bundesrat kommen. Zum ersten Mal wird es ein absolutes Veto gegen ein Gesetz geben.

Zögernitz Werner (Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen)

Wenn die SPÖ nicht zustimmt, ist das Gesetzgebungsverfahren negativ beendet. Das heißt die einzige Möglichkeit wäre dann, dass man neuerlich einen Antrag im Nationalrat einbringt und das normale Gesetzgebungsverfahren durchläuft.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Die SPÖ fordert nun eine Rückkehr an den Verhandlungstisch. Sie will, dass die Förderung der Biomasse nicht isoliert, sondern gemeinsam mit allen anderen erneuerbaren Energieträgern verhandelt wird.

Lettenbichler Josef (ÖVP)

Wenn die SPÖ ernst macht und hier ihre Muskeln aus parteitaktischem Kalkül spielen lassen will, und das Gesetz ablehnt im Bundesrat, ist es damit hinfällig. Das Gesetz ist tot, so leid es mir tut, es wird aber auch zu keinen Neuverhandlungen kommen, oder Nachverhandlungen, wie es von der SPÖ

gefordert wird. Unser Angebot liegt auf dem Tisch.

Duzdar Muna (SPÖ)

Wenn sie mich nach meiner persönlichen Meinung fragen, dann sind das Machtspielchen die da passieren, auf dem Rücken der Biomassenanlagen-Betreiber und auf dem Rücken der Stromkunden und Stromkundinnen. Und das ist nicht hinnehmbar.

Wohlfahrt Dagmar (ORF)

Es bleibt spannend, ob das Ökostromgesetz am Donnerstag im Bundesrat tatsächlich geschreddert wird.

Der gegenständliche Text ist eine Abschrift eines audiovisuellen Beitrags. Aufgrund der medienspezifischen Charakteristik von Radio- und Fernsehbeiträgen kann es bei der Transkription zu formalen Abweichungen in der sprachlichen Abbildung zwischen dem Text und dem audiovisuellen Original kommen.

Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der
APA DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH.